

S. 2 28.12.60

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l
der 86. Sitzung des Bundesrates vom 28. Dezember 1960

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Petitpierre
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 8 Uhr 30 Schluss: 12 Uhr 25

Schriftliche Anträge

Departement des Innern

AHV-Fonds. Verwaltungsrat und Leitender Ausschuss

Im Mitbericht des FZD wird festgestellt, dass im Verwaltungsrat wiederum die Rentenanstalt und die Zürcher Kantonalbank durch einen Generaldirektor bzw. Direktor vertreten sein werden. Es sollte nach Auffassung des FZD kein Monopol für bestimmte Institute auf eine Vertretung geschaffen werden.

Herr Tschudi hätte gerne schon diesmal dem Wunsche des FZD Rechnung getragen. Er wollte aber den Vorschlag, der nach Gesetz von der AHV-Kommission auszugehen hat, nicht zurückweisen.

Nationalrat Bratschi wird wegen Erreichung der Altersgrenze Ende des nächsten Jahres ausscheiden. In Ziffer 2 findet sich ein Vorbehalt betreffend Altersgrenze.

Finanz- und Zolldepartement

Paritätische Kommission, Bestellung für 1961/64

Herr Spühler stellt fest, dass die Post- Telegraphen- und Telefonverwaltung nach Antrag durch zwei Generaldirektoren vertreten sein werde, nämlich durch Herrn Tuason und Herrn Wettstein. Die Angelegenheit wird in dem Sinne geregelt, dass an Stelle von Herrn Wettstein der Ersatzmann, Herr Langenberger, gewählt wird. Für Herrn Langenberger müsste noch ein Ersatzmann bestellt werden.

Herr Tschudi bemerkt, dass nach dem BRB vom 9. September 1958 über die paritätische Kommission für Personalangelegenheiten das Personalamt in den Sitzungen nur beratende Stimme habe. Im vorliegenden BRB über die Bestellung der Kommission werden aber Beamte des Personalamtes als Mitglieder der paritätischen Kommission gewählt. Sie gehören nicht in die Kommission. Man sollte das nicht dieses Mal, aber später einmal ändern.



Post- und EisenbahndepartementGewährung einer ausserordentlichen Besoldungserhöhung an Eugen Spinnler, Generaldirektion PTT

Herr Bourgknecht ist grundsätzlich gegen die Praxis, die versucht, dem Bunde mit Zulagen, gewisse Arbeitskräfte zu erhalten, solange dafür andere Möglichkeiten bestehen. Er erinnert daran, dass auch die Finanzdelegation gegen diese Praxis opponiere. Es wäre normaler gewesen, wenn man Herrn Spinnler befördert hätte. Dazu wäre das Departement kompetent gewesen.

Herr Spühler erklärt, dass das Departement die beantragte Lösung gewählt habe, weil es nicht durch eine Beförderung die Zahl der Stellen der betreffenden Besoldungsklasse vermehren wolle. Es handle sich bei den Spezialisten wie Herrn Spinnler um Leute, die in der Privatwirtschaft sehr gesucht seien und von dort entsprechende Angebote erhalten. Man habe sich seine Dienste vor allem auch für die Nachwuchsausbildung sichern wollen, weil man solche Spezialisten weder zum Bleiben verpflichten, noch mit Sicherheit auf lange Sicht zufrieden stellen kann.

Herr Wahlen kann sich nur grundsätzlich äussern. Er ist der Auffassung, dass die ausserordentlichen Zulagen gerade für diese bestimmten Zwecke vorgesehen seien und dass diese Vorschriften nicht toter Buchstabe bleiben sollten.

Der Rat erklärt sich damit einverstanden, dass die Situation des Herrn Spinnler verbessert wird. Ueber den zweckmässigsten Weg sollen sich die beiden Departemente einigen.

MilitärdepartementFlugzeugbeschaffung

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass es vom Standpunkt der Neutralitätspolitik aus sehr wertvoll wäre, wenn man eine Sicherheit dafür hätte, dass man endgültig auf Schiessübungen in Afrika oder Frankreich verzichten könne und wolle.

Unsere Neutralität hindere uns nicht, es sei nochmals festgestellt, Kriegsmaterial zu kaufen von wem wir wollen. So haben wir auch z.B. die Vampires und Hunters von einem NATO-Staate gekauft.

Von unserer Neutralitätspolitik aus gesehen, wäre es allerdings besser gewesen, wenn man in Schweden hätte kaufen können als in Frankreich, doch werde man uns das nicht als eine Annäherung an die NATO auslegen können. Wenn die Kommunisten unsere Neutralität anzweifeln wollten, fänden sie immer Gründe. Die systematische Hetze unserer Zeitungen wiege dabei sicher schwerer als dieser Kauf.

Der Rat sollte heute entscheiden, nicht nur weil man uns sagt, dass die Bedingungen schlechter sein werden, wenn wir bis nächstes Jahr warten, sondern weil diese Angelegenheit nun einmal erledigt werden müsse.

Herr Chaudet hat die Frage des Schiessens nochmals geprüft. Man kann darauf verzichten im Ausland zu schiessen. Abgesehen davon, dass die Ausbildung auch ohne das Abschliessen von Kriegsmunition möglich ist, haben wir gewisse Möglichkeiten in unserem Lande in den Gletscherregionen.

Die schwedischen Piloten hatten erklärt, sie hätten nicht die Möglichkeit wie unsere Piloten, das Flugzeug, das ihnen passe, zu wählen. Ihnen sei der Draken vorgeschrieben. Sie fänden ebenfalls, dass der Draken für die Landung eine ungenügende Sicht habe. Man werde den Bundesrat in den militärischen Kreisen nicht verstehen, wenn er nicht das bessere Flugzeug, den Mirage wähle. Schliesslich erwähnt Herr Chaudet nochmals seine Feststellung aus der letzten Sitzung, dass der Mirage weiter entwickelt werden kann, so dass wir auch später beim gewählten Typ bleiben können und eine Maschine bekommen werden, deren neuesten Modelle, den sich stellenden neuesten Anforderungen angepasst sein werden. Man stehe unter einem grossen zeitlichen Druck, wenn man das Beschaffungsprogramm ohne Schwächung unserer Bereitschaft durchführen wolle.

Herr Spühler bestreitet nicht, dass der Mirage das bessere Flugzeug sei. Er möchte aber, wie schon in der letzten Sitzung feststellen, dass man zwei noch bessere Flugzeuge (Gruman-Supertiger und Starfighter) aus andern als militärischen, technischen Gründen nicht gewählt habe. In gleicher Weise könne man auch heute feststellen, dass die Unterschiede in militärisch-technischer Hinsicht nicht so gross seien, dass man deswegen die andern Ueberlegungen einfach auf die Seite schieben könne. Herr Spühler habe vom Vizedirektor des Luftamtes auch noch einen schriftlichen Bericht verlangt. Darin werden die Vorzüge des Mirage, rein militärisch gesehn, anerkannt. Auch die sorgfältige Prüfung durch die Experten werde anerkannt. Wenn aber noch andere Ueberlegungen eine wichtige Rolle spielen, sei sein Gewährsmann der Auffassung, dass dann in militärisch-technischer Hinsicht zu prüfen sei, ob die Flugzeuge den gestellten Anforderungen genügen. Das sei für beide Typen der Fall. Im Langsamflug sei der Draken aber dem Mirage sogar überlegen. Der Vorsprung des Mirage sei im übrigen nicht so gross, dass man nicht auch politische und handelspolitische Gründe mitberücksichtigen könne. Herr Spühler hält diese Gründe für so gewichtig, dass davon das leichte Uebergewicht des Mirage auf der militärisch-technischen Seite übertroffen werde. Er glaube nicht, dass man dem Bundesrat den Vorwurf machen könne, er habe bei seinem Entscheid die Sicherheit der Piloten und militärische Vorzüge des Flugzeuges zurückgestellt. Der Redner gibt nach wie vor dem Draken den Vorzug.

Herr Wahlen wiederholt, dass er nicht auf die wirtschaftlichen Faktoren abstellen könne, wenn es auf der andern Seite um die Sicherheit der Piloten gehe. Durch die Erklärung des Herrn Chaudet seien seine politischen Bedenken wegen Schiessen im Ausland beruhigt worden. Er schliesse sich dem Antrag des EMD an.

Herr Bourgnicht stellt fest, dass es sich schliesslich um eine militärische Angelegenheit handle. Er sei nicht in der Lage, den Technikern des EMD zu widersprechen, die für die Sicherheit des Landes verantwortlich seien. Allerdings müsse er erklären, wenn er in Betracht ziehe, wie jetzt die Schweiz wieder von einem EWG-Land (Italien) behandelt werde, dann falle es ihm schwer ^{mit} für den Draken zu stimmen.

^G
Herr Tschudi erklärt, er müsse für den Mirage stimmen, allerdings mit grössten Bedenken und dem grössten Widerwillen. Die Verantwortung für die richtige Wahl trage schliesslich der Vorsteher des EMD. Auch Vizedirektor Münch habe ja anerkennen müssen, dass der Mirage das bessere Flugzeug sei. Eine allfällige neue Situation, die bis zur Behandlung der Vorlage im Parlament eintreten könnte, vorbehalten, habe er sich für den Mirage entschieden.

^F
 Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass man den Entscheid gegen die eigene innere Einstellung fällen müsse. Die Angaben von Herrn Spühler seien interessant. Für den Bundesrat massgebend könne aber nur das Urteil der offiziellen technischen Experten sein, das einstimmig war. Es sei möglich, dass der heutige Entscheid negative Auswirkungen sowohl bei der EFTA wie bei der EWG haben könnte.

^E
Herr Bourgnicht präzisiert seine Bemerkungen über die unfreundliche Haltung Italiens. Bei der Behandlung der Rolle, die die Schweiz für den Transit der Waren der EWG-Staaten zu spielen haben werde, soll der Vertreter Italiens an der betreffenden Konferenz erklärt haben, man werde die Schweiz schon einmal auf die Knie zwingen. Man könne Dinge, die heute in Chiasso gemacht werden sehr wohl in Mailand erledigen. Das sei nur ein Beispiel der unfreundlichen Haltung in gewissen Staaten gegen unser Land.

^B
Herr Wahlen hat in der letzten Sitzung erklärt, dass man bei Frankreich wirtschaftlich kein Entgegenkommen gefunden habe. Nur in zwei untergeordneten Punkten (Kontingente für Äpfel und Käse) habe man ^{seit}etwas nachgegeben. Diese Haltung habe es auch ihm schwer gemacht zu einem "Ja" zu kommen.

^D
Herr Spühler bemerkt, es sei sehr beeindruckend, dass alle mit schlechtem Gewissen und Unlustgefühl ihren Entscheid treffen müssen. Der Bundesrat sei schliesslich eine politische Behörde und habe daher auch andere als die nur militärisch-technischen Aspekte des Problems zu berücksichtigen. Wenn man heute so konsequent sein wolle, hätte man das seinerzeit bei den beiden amerikanischen Flugzeugtypen auch sein müssen.

^F
 Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass der Draken und der Mirage mehr oder weniger gleichwertig seien in der Leistung und im Preis. Man könne deshalb beide nicht mit der viel teureren amerikanischen Maschine vergleichen.

^A
Herr Chaudet bemerkt, dass neben dem übermässigen Preis der Supertiger auch schwieriger zu führen gewesen sei. Man habe ihn ausgeschlossen, weil er unsere finanziellen Möglichkeiten bei weitem überstieg, aber auch weil die Herstellung in Lizenz schwieriger gewesen wäre.

Entscheidend sei einfach die Sicherheitsfrage. Wenn sich mit dem Draken eine Kette von Unfällen ereignen würde, wäre das für den Bundesrat eine äusserst peinliche Situation. Dazu kommen aber noch die verschiedenen andern technischen Vorteile des Mirage.

^F
 Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass damit der Bundesrat die Anschaffung des Mirage beschlossen habe. Er erinnert daran, dass es in der Presse geheissen habe, man sollte schauen, von

Frankreich Gegenleistungen zu erhalten. Man werde jetzt vielleicht kritisieren, dass man keine Bedingungen gestellt habe. Weil wir aber gar nicht mit der französischen Regierung zu verhandeln hatten, hätte man z.B. ein Entgegenkommen in der Frage der Fremdenlegion nicht zur Bedingung stellen können.

Herr ~~Petitpierre~~^{er} habe den Botschafter Schwedens kommen lassen und ihm mitgeteilt, dass der Bundesrat heute entscheiden und wahrscheinlich den Mirage wählen werde.

Herr ~~Chaudet~~^A hält dafür, dass für die Orientierung der Öffentlichkeit eine Pressekonferenz nicht nötig sein dürfte. Die Presse ist gut dokumentiert worden und man könnte ihr nicht viel Neues sagen. Deshalb genüge ein Pressecommuniqué.

Es wird beschlossen, das EMD mit der Abfassung der Pressemitteilung zu beauftragen, nach vorheriger Verständigung der Fabrikanten, über den vom Bundesrat getroffenen Entscheid.

Post- und Eisenbahndepartement

SBB, Verwaltungsrat, neuer Vizepräsident

Das PED schlägt in einem nicht auf der Traktandenliste figurierenden Antrag Herrn Nationalrat Walther Bringolf, Schaffhausen, als Vizepräsidenten und Nachfolger des in den Bundesrat gewählten Herrn von Moos vor. Es handle sich bei ihm um das ^{am}altsälteste Mitglied. Der Bundesrat wurde schon in einer früheren Sitzung von dieser Absicht orientiert.

Der Rat stimmt zu.

↙ nach den Herren Bratschi und Guyer

Folgende weitere nicht auf der Traktandenliste stehende Geschäfte werden antragsgemäss erledigt.

Politisches Departement

Beförderungen

Wiederwahl der Mitglieder der Kommission für nationalsozialistische Opfer

Wiederwahl der Mitglieder der Rekurskommission für Nationalisierungsschädigungen

Verlängerung des Dienstverhältnisses des Botschafters Nef

Verlängerung des Dienstverhältnisses des Generalkonsuls Lutz

Departement des Innern

Beförderung Janett

Kreditüberschreitung Fr. 1'799'510

AHV-Fonds, Verwaltungsrat

Kommission für angewandte Kunst

Justiz- und Polizeidepartement

Beförderung Pfister und Messerli

Militärdepartement

Kriegsmaterialausfuhr, Aenderung des BRB

Finanz- und Zolldepartement

Beförderungen OZD

Volkswirtschaftsdepartement

Handelsabteilung, Beförderungen

BIGA, Beförderungen

Post- und Eisenbahndepartement

Beförderungen PTT

Aussprachen

Finanz- und Zolldepartement

Arbeitszeit in der Bundesverwaltung

Herr Bourgknecht gibt bekannt, dass das FZD keine Möglichkeit sehe, dem Wunsche der städtischen Verkehrsbetriebe für die Vorverlegung des Büroschlusses auf 17 Uhr 45 zu entsprechen. Es sei sehr schwer diese hierbei ausfallende Viertelstunde einzubringen. Weder der Ausgleich im Sommer noch eine Kürzung der Mittagspause kämen in Frage. Die Einführung der englischen Arbeitszeit würde ebenfalls auf grosse Schwierigkeiten stossen. Die für die Bundesverwaltung in Bern heute geltende Arbeitszeit gelte auch für die Bundesdienststellen in andern Städten.

Der Rat ist damit einverstanden, bei der bisherigen Regelung zu bleiben. Das FZD wird einen Antwortentwurf an die Verkehrsbetriebe der Stadt-Bern zu Händen der Bundeskanzlei vorbereiten.

Treibstoffzollzuschlag und Warenumsatzsteuer

Herr Bourgknecht hat den Ratsmitgliedern eine Notiz des Chefs der Abteilung Warenumsatzsteuer der Eidg. Steuerverwaltung vom 22. Dezember 1960 zugehen lassen (s. Beilage). Das Ergebnis einer Anfrage bei der von einem Herrn Dr. Maurer vertretenen Importfirma und beim Verband der Mineralölinteressenten sei gewesen, dass sich die Importeure und Grössisten vorbehalten,

ihre Lieferpreise selbst dann um mehr als 7 Rp. pro Liter heraufzusetzen, wenn die Warenumsatzsteuer und die statistische Gebühr auf dem Zollzuschlag nicht erhoben würden. Herr Wellauer von der Steuerverwaltung komme deshalb zum Schlusse, dass umsoweniger ein Anlass bestehe, auf die Erhebung dieser Abgabe auf den Treibstoffzollzuschlag zu verzichten.

Herr Bourgknecht glaubt nicht, dass ein Verzicht einen grossen Einfluss auf die Stimmabgabe haben könnte.

Er zählt zu den Gegnern der Vorlage folgende 4 Kategorien:

1. Die ca 100'000 chronischen Neinsager.
2. Die grundsätzlichen Gegner des Nationalstrassenbaues.
3. Die Enttäuschten, deren lokalen Wünsche nicht erfüllt werden (Morges, Wallis, Jura etc.)

Diese 3 Gruppen könne man mit einem Verzicht auf die Abgabe nicht entwaffnen.

Es bleibt die 4. Gruppe, d.h. diejenigen, die finden, dass 7 Rappen Zuschlag zu viel sei. Herr Bourgknecht zweifelt, dass man diese Gruppe mit der erwähnten Konzession gewinnen werde. Das Hauptaugenmerk sei darauf zu richten, die Interessierten an der vorgeschlagenen Lösung an die Urne zu bringen. Vor allem sei für den Abstimmungskampf zu unterstreichen, dass die Lösung im Interesse der Kantone liege und dass sich deshalb vor allem die kantonalen Baudirektoren um das Zustandekommen bemühen sollen.

Schliesslich stelle sich der Redner die Frage, ob man die Konzession nicht hätte im Zeitpunkt machen müssen, als die Räte die Vorlage über den Benzinzollzuschlag behandelt hätten. Damals habe niemand eine Aenderung ^{heute} des bisherigen Systems verlangt. Er frage sich, ob man nicht durch eine solche Konzession nur Misstrauen und Unsicherheit wecke.

Herr Tschudi führt aus, dass man sich darüber klar sein müsse, dass es nicht leicht sein werde, ein positives Ergebnis der Abstimmung zu erreichen. Die lokalen Widerstände spiele eine grosse Rolle. Man sollte die Opponenten nicht noch aufputschen durch Ablehnung der Wünsche betreffend Verzicht auf die erwähnten Abgaben, sondern alles tun, um sie zu entwaffnen und gewisse Opponenten sogar für die Vorlage zu gewinnen. Der Bericht Wellauer sei nicht nur negativ. Er lasse doch auch durchblicken, dass die Bezugspreise für Tankstellenhalter in absehbarer Zeit eine Herabsetzung erfahren werden. Herr Tschudi sei deshalb dafür, auf Warenumsatzsteuer und statistische Gebühr für den Treibstoffzollzuschlag zu verzichten.

Herr Wahlen sieht den Abstimmungskampf nicht für eine einfache Sache an. Es werde den Befürwortern wieder einmal mehr an Geld fehlen, während die Opposition, soweit sie ein materielles Interesse habe, über Geld verfügen werde. Wenn die Warenumsatzsteuer bestehen bleibe, werden die Gegner das demagogisch ausbeuten mit dem Slogan "Steuer auf der Steuer". Man sei heute vielleicht etwas spät. Der Redner sei aber doch für einen Verzicht auf die Warenumsatzsteuer.

Herr Bourgknecht hat sich überlegt, ob eine Mittellösung möglich wäre, indem man den Ertrag der Warenumsatzsteuer auf dem Treibstoffzuschlag für die Strassen reservieren würde?

Herr von Moos nimmt an, dass der Bundesrat hier zuständig sei, ja oder nein zu sagen. In der Kommission und den Räten habe man die Erklärung abgegeben, dass die Warenumsatzsteuer auf dem Zollzuschlag erhoben werde. Man könnte jetzt den Eindruck erwecken, als ob die Eingaben vom September (Maurer) und Oktober (Verband) den Bundesrat veranlasst hätten, seinen Standpunkt zu ändern. Er sei deshalb für die Beibehaltung der Warenumsatzsteuer.

Herr Chaudet glaubt, dass der Slogan "Steuer auf der Steuer" doch einen gewissen Einfluss auf die Abstimmung haben werde. Er sei deshalb für einen Verzicht.

Der Herr Bundespräsident findet, dass sich die Gründe die Waage halten. Das Argument "keine Steuer auf der Steuer habe sein Gewicht", andererseits erscheine es nicht erwünscht, auf Grund einer Eingabe von Importateuren entscheiden zu müssen

Mit 4 zu 2 Stimmen beschliesst der Rat, auf die Erhebung der Warenumsatzsteuer und der statistischen Gebühr auf den Treibstoffzollzuschlag zu verzichten.

U m f r a g e

Hr. W a h l e n

Bezahlung des Gehaltes der Bundesräte

Herr Wahlen findet es nicht richtig, dass man das Gehalt drei Monate im voraus erhalte, könnte man nicht warten, bis man drei Monate gearbeitet habe und dann das Gehalt ausbezahlen.

Herr Bourgknecht will sich hier ganz nach den Wünschen des Bundesrates richten, doch sollte man mit einem neuen System erst in einem Jahr beginnen.

Der Herr Bundespräsident macht darauf aufmerksam, dass es für die neu eintretenden Bundesräte, denen zu Beginn oft grosse Auslagen erwachsen, angenehmer sei, sofort ihr Gehalt zu bekommen. Auch für die Repräsentationsspesen schein es logisch, dass man sie im voraus erhalte.

Herr Wahlen gibt zu, dass die Fälle des Amtsantrittes vielleicht die Vorauszahlung rechtfertigen und dass hier eine Ausnahme von der ihm vorschwebenden Lösung zu machen wäre. Er stelle aber keinen Antrag, die bisherige Regelung zu ändern.

Sammlung der Stiftung Henri Guisan

Herr Wahlen nimmt Bezug auf einen Bericht von Herrn Direktor Kaech in dieser Angelegenheit. Man sollte nun nicht nochmals eine Sammelgrossaktion loslassen. Herr Chaudet ist der Meinung, dass man nicht nochmals ohne bestimmtes Ziel eine Sammlung beginnen sollte und dass es am einfachsten wäre, wenn man den Rest

des Geldes, das nach Bezahlung des Denkmals bleibe, der Nationalspende für unsere Soldaten übergeben würde. Herr Chaudet wird sich mit Herrn Nerfin in diesem Sinne in Verbindung setzen. Schliesslich wird das EDI beauftragt, zwei Personen für die Jury vorzuschlagen.

Hr. C h a u d e t

Waffenplatz St. Gallen. Erwerb der Liegenschaft Moosmühle
(Karrergut)

Der Tatbestand wird eingehend im Beschlussprotokoll geschildert, weshalb hier einige kurze Ausführungen genügen. Herr Chaudet beantragt, die Liegenschaft Karrer, Parzelle Nr. 2309 in St. Gallen zu erwerben als Land für die spätere Erstellung von Kasernenanlagen. Die Parzelle ist zum Preise von 225'000 Franken erhältlich, doch wäre für weitere Parzellen ein Kaufrechtsvertrag abzuschliessen, mit einem Kaufpreis von 575'000 Franken. Bei Nichtausübung des Kaufrechtes bis 30. Juni 1961 müsste der Bund Herrn Karrer ein Reuegeld von 75'000 Franken bezahlen, was zur Folge hätte, dass sich der Preis der Parzelle Nr. 2309 um diesen Betrag erhöhen würde. Für die Finanzierung stünde aber nur ein Sperrkonto von ca 260'000 Franken zur Verfügung (Gegenwert für nicht geleisteten Realersatz durch den Kanton St. Gallen). Das EMD möchte bis Ende Juni das Kaufsrecht geltend machen und für den Kauf den eidg. Räten ein Kreditbegehren in einer neuen Botschaft über die Errichtung und Erweiterung militärischer Bauten unterbreiten.

Herr Bourgknecht bemerkt zu diesen Anträgen, dass nach seiner Konzeption das EMD jetzt das Schwergewicht auf die Rüstung legen und den Bau von Kasernen verschieben sollte. Mit dem Kauf des Bodens werde der Bau der Kaserne präjudiziert. Vorausgesetzt, dass wir das Kaufsrecht nicht bis Ende Juni ausüben werden, müssten wir uns heute verpflichten, 40'000 Franken mehr zu bezahlen als uns zur Verfügung stehen. Herr Bourgknecht war der Meinung, dass dies die Kompetenzen des FZD überschreite. Er sage nicht nein, möchte aber durch den Bundesrat gedeckt werden. Man riskiere den Vorwurf der eidg. Räte, dass man sich engagiert habe, ohne über genügende Kredite zu verfügen und dass man durch den Kauf den Kasernenneubau präjudiziert hätte. Was die Preise betreffe seien sie allerdings durchaus angemessen.

Der Herr Bundespräsident wirft die Frage auf, ob man nicht versuchen sollte, einen höheren Kaufpreis für die Parzelle Nr. 2309 zu offerieren und damit Herrn Karrer zu veranlassen, auf das Reuegeld für Nichtausübung des Kaufrechtes zu verzichten.

Der Rat beschliesst in diesem Sinne. Wenn es nicht gelingen sollte, die Reuegeldklausel abzuherrschen, so soll die Parzelle zu den gestellten Kaufbedingungen erworben werden.

Hr. BourgknechtDruckaufträge für die Firma Ringier

(s. auch Protokoll vom 16. Dezember 1960)

Die Abklärung durch das FZD (Mitteilung von Herrn Hongler) hat eine Lösungsmöglichkeit ergeben, um die Druckaufträge an die Firma Ringier einzustellen.

Darlehen an Jugoslawien

Herr Bourgknecht teilt mit, dass sich der jugoslawische Botschafter wieder bei ihm für heute nachmittag angemeldet habe, weshalb er wissen sollte, wie die Angelegenheit jetzt stehe.

Der Herr Bundespräsident hält dafür, dass die Schweiz daran interessiert sei, dass sich Jugoslawien dem Westen nähere und dass sie deshalb ihren Teil an die Kredithilfe leisten sollte. Unser Botschafter in Wien habe geschrieben, der österreichische Vizekanzler habe erklärt, man wünsche Jugoslawien zu helfen, um es näher zum Westen zu bringen. Es soll das Geld auch anderswo finden als bei der USA und der NATO. Der jugoslawische Botschafter in Wien habe erklärt, dass Jugoslawien die Privatinitiative eingeführt habe. Man glaube, dass auch Sowjetrussland folgen werde. Auf alle Fälle bestehe kein Zweifel, dass in Jugoslawien die Tendenz herrsche, sich dem Westen zu nähern. Man könne natürlich nicht mit allen Erklärungen Titos einverstanden sein, der eine Gleichgewichtspolitik zu betreiben versuche. Die Schweiz sollte sich bei dieser Lage nicht zu wenig grosszügig zeigen. Herr Petitpierre frage sich, ob wir nicht weiter gehen sollten als auf 5 Mio. Dollars, auf 7 oder 8, wenn nicht auf 10 Mio.

Herr Wahlen konstatiert bei Jugoslawien eine grundlegende Aenderung in der Frage der Einführung eines Zolltarifes und der Konvertibilität, was einen entscheidenden Schritt gegen den Westen hin bedeute. Jugoslawien erfülle damit die Voraussetzungen, dem GATT beitreten zu können. Der Redner schliesse sich der Auffassung von Herrn Petitpierre an. Es stelle sich die Frage, ob der ganze Kredit in gebundener Form gegeben werden solle (Exportrisikogarantie). Sobald es sich um freie Finanzkredite handle, sei eine Botschaft an die eidg. Räte nötig. Der Bundesrat könnte aber jetzt einen Teilkredit in gebundener Form beschliessen, um die Solidarität zu zeigen und einen zweiten Teil als Finanzkredit. Man könne den Kommissionen der eidg. Räte sehr freimütig Aufschluss geben. Herr Wahlen stelle sich vor, dass man etwa 4 Mio. Dollars als gebundenen Kredit und den Rest als Finanzkredit geben könnte. Jugoslawien sei vor allem auf freie Finanzkredite angewiesen.

Herr Bourgknecht teilt mit, dass Herr Stopper mit dem EVD die Angelegenheit besprochen habe. Wenn Oesterreich so hoch gehe (7 Mio) so erkläre sich das daraus, dass es ein Nachbarland sei. Mit den 5 Mio. Dollars können wir uns noch sehen lassen, vergleichen z.B. mit den 10 Mio. von Grossbritannien. Es komme sehr darauf an, ob man einen Handelskredit gewährt oder einen freien Kredit. Jugoslawien hätte gerne freie Kredite. Der Redner möchte wissen, was er dem Botschafter sagen solle.

Der Herr Bundespräsident erklärt, er habe kein Engagement getroffen, sondern lediglich von dem vom jugoslawischen Botschafter

geäusserten Wunsche eines Kredites von 10 Mio. Dollars Kenntnis genommen.

Herr Wahlen hat den Botschafter ebenfalls angehört. Von Zahlen sei nicht die Rede gewesen.

Es wird beschlossen, dass die Angelegenheit morgen an einer Sitzung der Finanz- und Wirtschaftsdelegation behandelt werden solle und dass Herr Bourgknecht den Besuch des Botschafters auf einen Zeitpunkt nach dieser Sitzung verschieben solle.

Präsidialvorbringen

Protest wegen der Hinrichtung von Kindern in Ungarn

Das EPD glaubt, dass die Informationen nicht stimmen. Man habe sich deshalb immer auf den Standpunkt gestellt, dass wir nichts wissen und deshalb nicht intervenieren können.

Herr von Moos ist auch der Meinung, dass wir nichts anderes tun können. Dagegen könnte Ungarn die Rotkreuzdelegationen zulassen. Im Bericht des EPD heisse es, das Gesetz über die Todesstrafe für ~~— Kinder —~~ stamme aus dem Jahre 1945. In den letzten Tagen habe die KIPA erneut in einer grossen Darstellung ein Gesetz von 1957 (!) zitiert.

Herr Petitpierre stellt fest, dass das Gesetz zweifellos unmoralisch sei, ~~---~~ dass aber das Datum keine grosse Rolle spiele.

Angelegenheit Felix Moumié

Herr Petitpierre erinnert an die Vorgänge im Zusammenhang mit der Vergiftung des Genannten, der ein Freund von Sékou Touré, Regierungschef von Guinea war. Er sei als Privatmann in die Schweiz gekommen und sei hier aus politischen Gründen vergiftet worden. Der aufgesuchte Arzt habe die Polizei viel zu spät avisiert, obwohl Moumié selbst die Diagnose auf Taliumvergiftung gestellt hätte. Er sei in der Nacht vom 3./4. November gestorben, 10 Tage nach der Einlieferung ins Spital. Die Untersuchung sei im Gange. Man verdächtige die Rote Hand, das Attentat verübt zu haben. Die ganze Angelegenheit habe international grosse Aufsehen erregt. Auf ein Telegramm afrikanischer Linkskreise habe das EPD geantwortet, dass wir das Attentat verurteilen und eine Untersuchung durchführen.

Die Regierung von Guinea klagt uns nun an, dass wir die Attentäter decken wollen. Deshalb halte Guinea einen Schweizer, namens Fritschi, in Gefangenschaft als eine Art Geisel. Auch der Präsident der Republik von Kamerun habe uns angegriffen mit dem Vorwurf, dass man ihm den Tod **nicht** mitgeteilt und die Leiche herausgegeben habe. Hier hätte man geantwortet, die Untersuchung sei im Gange und man habe die Leiche der Witwe herausgegeben, der allein ein Anspruch zugestanden hätte, darüber zu verfügen.

Das EPD habe sich erkundigt über den Stand der Untersuchung. Der Untersuchungsrichter Dinichert wäre bereit, Herrn Petitpierre zu orientieren. Wäre Herr von Moos damit einverstanden? Heute

sei die Sache zu einer unangenehmen, internationalen Angelegenheit geworden.

Herr von Moos teilt mit, dass sich die Bundesanwaltschaft darüber beklage, dass sie von Genf aus zu wenig informiert werde. Es scheine, dass nun ein Wechsel in der Leitung der politischen Polizei Genfs eintrete. Ein besserer Kontakt sei nötig. Die Bundesanwaltschaft habe alle diese Dinge erst viel später erfahren.

Der Herr Bundespräsident will Herrn von Moos sofort Mitteilung machen über die Auskünfte, die er vom Untersuchungsrichter erhalten hat.

Note der chinesischen Botschaft über Tibet

Die Mitglieder des Bundesrates haben eine Uebersetzung dieser Note erhalten. Das EPD werde dem Rate Antrag stellen, über das was weiter geschehen soll.

Herr von Moos hat die Frage wegen der Errichtung eines tibetischen Lamaklosters im Kanton Schwyz an die Polizeiabteilung weitergegeben.
dem JPD zuschriftlich empfehend unterbreitete

Sitzverlegung der UNO

Es ist eine Bewegung unter den afrikanischen und asiatischen Ländern im Gange, die dahin tendiere, den Sitz der UNO von New York nach Genf zu verlegen. Die Genfer-Behörden sind über diese Möglichkeit sehr beunruhigt.

Man spreche von der Notwendigkeit, eine Art Freizone zu errichten. Zur Zeit sei die Frage nicht aktuell, könne es aber bald werden.

Internationale Skiwettkämpfe in les Brassus

Die Einladung des Skiklubs les Brassus geht an das EMD zur Abordnung eines hohen Offiziers. (s. auch Beschlussprotokoll).

Schweizerische Landesausstellung und schweizerisches Nationaljahr

Herr Despland hat die Idee vorgetragen, das Jahr der Landesausstellung als schweizerisches Nationaljahr durchzuführen. Eröffnet durch die Neujahrsansprache des Herrn Bundespräsidenten von 1964 müssten eine Reihe von Veranstaltungen im Inland und Ausland durchgeführt werden, die die Vitalität der Schweiz auf den verschiedensten Lebensgebieten zeigen. Bei einer so vagen Zielsetzung sei es schwer sich zu äussern. Sollte man nicht alle Anstrengungen auf die Landesausstellung konzentrieren, statt die Kräfte zu zersplittern?

Herr Wahlen präzisiert, dass Herr Despland sich vorstelle, dass das Nationaljahr parallel zur Landesausstellung verlaufen solle. Solange man die Absichten nicht näher kenne und konkrete Vorschläge fehlen, sei es schwierig "ja" oder "nein" zu sagen. Man könne einen kleineren Ausschuss beiziehen, der die Idee prüfe.

Herr Tschudi regt an, die Angelegenheit der Pro Helvetia zu übertragen, die uns ihre Ansicht darüber bekannt geben solle.

Der Herr Bundespräsident glaubt, man sollte vielleicht schon gewisse Vorbehalte machen und Herrn Despland sagen, man habe die

Pro Helvetia beauftragt, die Angelegenheit mit ihm zu besprechen.

Herr Bourgné findet, dass man mit einer Ueberweisung an die Pro Helvetia riskiere, dass der Bundesrat die Freiheit des Entscheidens verliere. Man werde dann Pläne machen und man könne nicht mehr nein sagen. Wenn wir die Sache als inopportun erachten, sollten wir die Initianten empfangen und ihnen sagen, dass man sich ganz auf die Landesausstellung konzentrieren wolle.

Herr Wahlen ist der Meinung, dass wir die Initiaten anhören sollten.

Herr Tschudi empfiehlt, sich an die Pro Helvetia zu wenden, sobald man finde, dass etwas in der angedeuteten Richtung geschehen solle.

Der Herr Bundespräsident wird das Weitere in die Hand nehmen.

Europäische Rektorenkonferenz

Der Rektor der Universität Genf hat uns wegen der Europäischen Rektorenkonferenz vom Dezember 1960 in Paris geschrieben, die entschieden habe, eine Arbeitsgruppe zu bilden für die Prüfung der Probleme des Studiums afrikanischer Studenten an europäischen Universitäten. Die Schweiz sei eingeladen worden, jemanden in diese Arbeitsgruppe abzuordnen. Der Bundesrat erklärt sich grundsätzlich damit einverstanden, dass ein Schweizer-Vertreter bezeichnet wird.

Benützung der Theaterloge durch ehemalige Mitglieder des Bundesrates

Der Herr Bundespräsident gibt Kenntnis von Dankschreiben der Herren Lepori und Hostenstein. Die Bundeskanzlei hat weitere Dankschreiben erhalten von Herrn a. Bundesrat von Steiger, Kobelt und von Frau Bundesrat Feldmann.

Entlastung des Bundesrates

Man sollte dieses Geschäft einmal erledigen. Vielleicht könnte man im Januar darüber reden? Der Rat ist einverstanden.

Deponierung der Verhandlungsprotokolle und der Notizen der Schriftführer des Bundesrates im Bundesarchiv

Der Herr Bundespräsident hatte mehrmalige Unterredungen mit Herrn Bundesarchivar Dr. Haas. Ueber die Jahre 1919 - 1946 gibt es nur handschriftliche Notizen der damaligen Bundeskanzler und Vizekanzler. Von 1946 bis 1954 gibt es neben den handschriftlichen Notizen maschinengeschriebene Verhandlungsprotokolle, die aber dem Bundesrat nicht zur Genehmigung vorgelegt wurden. Von 1954 bis heute handelt es sich um Verhandlungsprotokolle, die dem Bundesrat vorgelegt worden sind. Der Wunsch des Bundesarchivars scheint grundsätzlich berechtigt. Man müsse nur noch mit den Herren Oser und Weber sehen, was deponiert werden soll. Was soll mit den handschriftlichen Notizen ab 1946 geschehen?

Vizekanzler Weber ist der Meinung, dass man diese, wenn man sie nicht mehr für den internen Gebrauch benötige, vernichten sollte.

Herr Tschudi ist dagegen, dass eine historisch wertvolle Dokumentation vernichtet werde.

Herr Wahlen würde alles dem Archiv übergeben mit der Erklärung, dass ihnen kein authentischer Charakter zukomme, soweit sie vom Bundesrat nicht genehmigt worden sind. Er müsse allerdings feststellen, dass die heutige Art der Genehmigung während der Sitzung nicht befriedige. Entweder verstehē man nicht was der Herr Bundespräsident sage oder dann könne man das Protokoll nicht richtig prüfen. Die Deponierung der Protokolle sei auch notwendig wegen der Privatnotizen, die gewisse Mitglieder des Bundesrates in früheren Jahren gemacht haben.

Herr von Moos frägt sich, was eigentlich der Reinschrift des Verhandlungsprotokolls für eine Bedeutung zukomme, wenn man auch die Notizen dem Bundesarchiv übergeben müsse.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass offenbar der Bundesrat eher der Meinung sei, die ganze Dokumentation dem Bundesarchiv zu übergeben.

Vizekanzler Weber äussert einige Bedenken, auch die Manuskripte seit 1946 zu übergeben, weil sie nur Rohstoff für die Schriftführer mit vielen Fehlern und Unvollständigkeiten seien. *Sie seien deshalb nur* für den Schriftführer selber verwendbar und verständlich und könnten andere Benützer sogar zu falschen Schlüssen über die Stellungnahme des einen oder andern Mitgliedes des Rates verleiten.

Der Herr Bundespräsident beauftragt Vizekanzler Weber, einen schriftlichen Bericht über das Problem zu erstatten.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 85. Sitzung vom 23. Dezember 1960 wird mit Aenderungen beim Geschäft "Beschaffung von Kampfflugzeugen", beim Geschäft "Hinrichtung Jugendlicher in Ungarn" und beim Geschäft "Spesen des Direktors der Handelsabteilung" genehmigt.

* * *